

Gruppe *DIE LINKE*

im Fürther Rathaus

- Stadtrat Ulrich Schönweiß -
- Stadträtin Monika Gottwald -
Königswarterstr. 16
90762 Fürth

Tel. / Fax (tagsüber): 0911 / 43 72 10
e-mail: dielinkegruppefuerth@yahoo.de
www.die-linke-im-stadtrat-fuerth.de

An die
Medien und Presse

per e-mail

Fürth, den 25.07.2015

DIE LINKE fordert
Die Politik muß frei entscheiden können – keine Knebelung des Stadtrats !

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Juni 2015-Stadtratssitzung wurde die Beschlußvorlage wg. Erhöhung der Fahrpreise im ÖPNV um ca. 3,11 % in die Juli-Stadtratssitzung verschoben.

Vom Finanzreferat wurde gesagt, daß die Erhöhung um ca. 3,11 % ca. 300.000.-- € ausmachen würden.

Dann hat es plötzlich geheißsen, daß die Stadt Fürth das über 30-fache, nämlich über 9 Millionen € zahlen müsse, wenn der Fürther Stadtrat der Erhöhung nicht zustimmen würde. Zu Ihrer Kenntnis anbei das Schreiben der Infra-Verkehr, welches unserem Antrag als Anlage anbei ist. Diese beruft sich hierbei auf § 8 Abs. 5 des VGN-Grundlagenvertrages, der die sog. „Ausgleichspflicht“, Ausgleichszahlungen, betrifft.

Die Linke sagt, daß der Fürther Stadtrat frei entscheiden können muß, ob er einer Erhöhung der Fahrpreise zustimmen will, oder dies nicht tun will.

Wenn bei einer Nicht-Zustimmung eine Forderung von über 9 Millionen € gegen die Stadt Fürth im Raume stehen würde, würde kein Stadratsmitglied gegen die Erhöhung stimmen, bei der es an und für sich „nur“ um 300.000.-- € geht.

Dadurch würde jedoch die Politik nicht mehr von den Gewählten gemacht, sondern von einem Wirtschaftsunternehmen, einer GmbH, der „Verkehrsverbund Großraum Nürnberg GmbH“.

Gerade jetzt, wo alle Menschen immer mehr den Klimawandel zu spüren bekommen, muß es politische Handlungsmöglichkeiten geben. Beispielsweise Förderung des ÖPNV, Berücksichtigung sozialer und ökologischer, auch volkswirtschaftlicher, Aspekte.

Es darf nicht sein, daß wegen Geschäftsergebnissen unter Einbeziehung nur weniger Kriterien die Politik bestimmt wird, der VGN die Politik bestimmt. Genau umgekehrt muß es sein, ist es demokratisch.

Für diese Politik eines Wirtschaftsunternehmens wird gegenüber der Bevölkerung dann auch noch die Politik verantwortlich gemacht. Trotzdem der Politik der Handlungspielraum genommen wird.

Dies ist nicht demokratisch und kann nicht sein.

Die Linke hat daher für die nächste Fürther Statratssitzung am 29.07.2015 beantragt zunächst zu überprüfen, ob diese Klausel des Grundlagenvertrages (§ 8 Abs. 5 des VGN-Grundlagenvertrages) überhaupt rechtens ist. Bei einem Verbraucher läge sicherlich Wucher vor, wäre eine solche Klausel nicht wirksam.

Da die Stadt kein Verbraucher ist, kann diese Klausel (§ 8 Abs. 5 des VGN-Grundlagenvertrages) evtl. wirksam sein.

Für diesen Fall hat die Linke sofortige Kündigung dieser Knebel-Klausel beantragt.

Der Stadtrat kann sich ja wohl schlecht selbst entmachten und des Handlungsspielraumes entledigen.

Eine solche Vereinbarung hätte nie getroffen werden dürfen, weil sie den Handlungsspielraum der demokratisch Legitimierten nahezu auf Null einschränkt.

Eine Alternative zu den regelmäßigen Erhöhungen besteht dann nicht mehr. Beispielsweise soziale und ökologische, auch volkswirtschaftliche, Aspekte könnten nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Linke fordert, daß die Gewählten, die Fürther Stadtratsmitglieder, frei entscheiden können und nicht durch drohende exorbitante Zahlungen der Handlungsspielraum genommen wird.

Hier der link zu unserem Antrag: http://stadtrat.fuerth.de/bi/ag0050.php?_kagrn=767
Zudem als pdf anbei.

Mit freundlichen Grüßen,
Gruppe DIE LINKE im Fürther Rathaus

Ulrich Schönweiß und Monika Gottwald

Anlage: Antrag v. 16.07.2015